



FDP-Fraktion und Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau fordern zeitnahes Zukunftskonzept für Staatsschule Hohenheim

Die FDP-Landtagsfraktion und der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Baden-Württemberg haben bei einem Besuch der Landesgartenschau in Schwäbisch Gmünd die grün-rote Landesregierung gemeinsam aufgefordert, zeitnah ein Zukunftskonzept für die Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft in Stuttgart-Hohenheim vorzustellen. Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Verbands, **Thomas Westenfelder**, und FDP-Fraktionschef **Dr. Hans-Ulrich Rülke** mahnten an, die Ministerien für Wissenschaft, Kultus/Sport und für Ländlichen Raum müssten hinsichtlich der künftigen Trägerschaft für die Staatsschule endlich zu einer Einigung gelangen. Der Sprecher der FDP-Landtagsfraktion für den Ländlichen Raum, **Dr. Friedrich Bullinger**, erklärte: „Es kann nicht sein, dass die an der Staatsschule dringend notwendigen Investitionen aufgrund einer nicht endenden Hängepartie der Landesregierung immer weiter in die Zukunft geschoben werden und die Ausbildung ganzer Berufsstände darunter zu leiden hat.“ **Martin Joos**, im Verband für das Ressort Ausbildung zuständig ergänzte: „Alle Landtagsfraktionen haben zugesagt, dass unsere Schule in Stuttgart-Hohenheim unterstützt wird. Jetzt wird es aber höchste Zeit, dass auch Fakten geschaffen werden, es geht schließlich um den Führungsnachwuchs in unseren Unternehmen.“ Bei der Begrüßung durch Oberbürgermeister **Richard Arnold** lobte FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke die Art und Weise, wie die Stadt Schwäbisch Gmünd ihre Bürger in die Planungen und Vorbereitungen zur Landesgartenschau einbezogen habe: „Während in den Stuttgarter Ministerien viel über Bürgerbeteiligung theoretisiert wird, haben Sie hier in Schwäbisch Gmünd gemeinsam mit Hunderten von freiwilligen Helfern und begeisterten Bürgern ganz konkret angepackt und eine beeindruckende Erfolgsgeschichte auf die Beine gestellt.“

Die Landesgartenschauen und Grünprojekte hätten sich als Instrument der Stadtentwicklung und der Stadterneuerung bewährt, erklärten die Vertreter von Garten- und Landschaftsbauverband und FDP-Landtagsfraktion gemeinsam. Einig waren sich der Verband und die FDP-Fraktion auch in ihrer Kritik an der von Grün-Rot geplanten Änderung des Gemeindewirtschaftsrechts. „Es darf keinen unfairen Wettbewerb zwischen öffentlichen Bauhöfen und privaten Handwerksunternehmen geben. Die bestehende Regelung hat sich bewährt und sollte nicht angetastet werden“, erklärte Verbandsgeschäftsführer **Reiner Bierig**. Rülke kündigte an, eine entsprechende Neuregelung durch Grün-Rot im Falle einer Regierungsbeteiligung der FDP nach der Wahl im Jahr 2016 wieder rückgängig machen zu wollen. Der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau stellte auch seine „Charta



Zukunft Stadt und Grün" vor, die sich angesichts von Klimawandel und Luftreinhaltung mit der Rolle von Grünflächen in der Stadtplanung beschäftigt. Rülke und Bullinger pflichteten bei, dass die Berücksichtigung von Grünflächen und Kaltluftschneisen in der modernen Stadtplanung bei der Energiewende helfen könne: „Parkanlagen und Grünflächen können gerade in extremen Sommern dabei helfen, die Überhitzung von Innenstädten zu verringern und somit den Energiebedarf zur Gebäudekühlung massiv senken. Insofern leistet der Garten- und Landschaftsbau einen wichtigen und sehr wirtschaftlichen Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz." Auch zur Reduzierung der Feinstaubproblematik könne Bepflanzung entlang der Straßen beitragen. Vor diesem Hintergrund müssten Grünflächen als fester Bestandteil der Infrastruktur betrachtet und auch gefördert werden, so Rülke und Bullinger abschließend.